

Leipziger Tageblatt and Anzeiger.

Amtsblatt des Königl. Land- und des Königl. Amtsgerichtes Leipzig, des Rates und des Polizei-Amtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis

die Copialen... 25 A... 75 A... 80 A... 10 A... 10 A... 10 A...

Annahmefrist für Anzeigen: Abend-Ausgabe: Donnerstags 10 Uhr. Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.

Bezugs-Preis... Redaktion und Expedition: Adressen... Haupt-Filiale Dresden... Haupt-Filiale Berlin...

Nr. 633.

Sonnabend den 13. Dezember 1902.

96. Jahrgang.

Die Exekution gegen Venezuela.

Die in einem Teil der Auflage des gestrigen Abendblattes schon kurz skizzierte offizielle Berliner Korrespondenz der 'Köln. Ztg.', die übrigens noch vor der Befreiung der deutschen und englischen Staatsangehörigen geschrieben ist, lautet wörtlich: Berlin, 11. Dezember. Die Lage in Venezuela ist jetzt so weit geklärt, daß über den rücksichtslosen Bruch des Völkerrechtes durch Verhaftung friedlicher Deutscher und Engländer...

Gegenstand jetzt unsere Handlung in Venezuela sind, wird von manchen Seiten die Frage erzwungen werden, ob durch die angewandte Kapitalkultur nicht neue Uebel hervorgerufen sind, die größer sind als die alten, zu deren Beseitigung sie angewendet werden.

\* Es Caracas, 12. Dezember. (Telegramm.) Die strategischen Punkte in den Bergen hinter der Stadt halten die venezolanischen Regierungstruppen besetzt. Die eifrigen Vorbereitungen zum Widerstand dauern fort. Unter der Verhütung herrscht große Regiertheit. Die Männer suchen zehrend um Waffen nach. Die Verladungen im Hafen sind eingestellt.

\* Washington, 12. Dezember. (Telegramm.) Infolge telegraphischer Instruktionen wandern der deutsche und der englische Botschafter dem Staatsdepartement den Dank für die guten Dienste des amerikanischen Gesandten Boman. durch den die Befreiung der englischen und deutschen Staatsangehörigen in Venezuela herbeigeführt wurde.

\* London, 12. Dezember. (Telegramm.) Bei der Besprechung der Vorgänge in Venezuela schreift 'Standard': Die durch Caracas Haltung geschaffene Lage ist entschieden nicht zufriedenstellend. Wenn wir es mit einer geordneten Verwaltung und einem wohlorganisierten betrieblichen Volk zu tun hätten, würde eine Unterbrechung des Handels und Abwesenheit von der Außenwelt die Regierung zum Nachgeben zwingen.

\* Berlin, 12. Dezember. (Telegramm.) In der 'Vossischen Zeitung' wird die Londoner Meldung, daß die Verbündeten die Gefangennahme des Präsidenten Castro planen, als unrichtig bezeichnet. Es werde nicht beabsichtigt, einen Schlag im Innern des Landes zu führen, was geschehen müßte, wenn man Castro feindlich wolle. Eine solche Expedition wäre nicht bloß mit großen Schwierigkeiten verbunden, sondern müßte auch zu Entvergungen führen, und das sollte man vermeiden.

Rußland und die Kurie.

v. S. Die Reise des Jaren nach Italien ist feitzgesetzt. Wie wird, wie es heißt, in einigen Wochen vor sich gehen und gilt zunächst einer Wiedergabe der Öffentlichkeit, um die Wille Viktor Emanuel als russischen Kaiser zu erwidern. Aber es sind damit auch politische Aufgaben verbunden, die in gewisser Hinsicht die gegenwärtigen Beziehungen zwischen den beiden Mächten enger und fester gemorden, und sodann mit Berücksichtigung der aufstrebenden Beziehungen, welche Rußland und die Kurie unterhalten. Regierte namentlich

haben die Aufmerksamkeit in hervorragendem Maße auf sich gezogen und bilden seit Jahren den Gegenstand des Interesses. Das man an der Roma Wert darauf legt, den Papst sich freundschaftlich gesinnt zu erhalten, ist bei verschiedenen Gelegenheiten hervorgetreten und äußert sich gegenwärtig durch die Ankündigung des Besuchs des Kaisers im Vatikan.

Bekanntlich weilte der Großfürst Sergius, der Gelin und Schwager des Kaisers Nikolaus, kürzlich in der ewigen Stadt und hielt Konferenzen mit dem Kardinal-Staatssekretär Mammosse ab; es sollen dabei die Einzelheiten des Besuchs und das dabei zu beobachtende Cerimonell festgesetzt worden sein. Es war das aber kaum der einzige Grund, der den russischen Prinzen bewogen hat, mit dem Leiter der Politik Leo XIII. in direkten Verkehr mit ihm zu treten. Zur Regelung dieser letzten äußeren Fragen hätte die Gesandtschaft auch genügt, die in Herrn Tschernoff ein geschicktes und tatkräftiges Oberhaupt besitzt. Man muß vielmehr annehmen, daß Großfürst Sergius, der beim Jaren in besonderer Gnade steht, auch politische Aufträge bei der Kurie zu erfüllen hatte. Die Natur dieser Aufträge läßt sich nicht mit Sicherheit feststellen, aber verschiedene Ereignisse aus der Vergangenheit könnten uns doch auf den richtigen Weg weisen.

Zu den Lieblingswünschen Leo XIII. gehört bekanntlich die Vereinhaltung der römisch-katholischen und der griechisch-orthodoxen Kirche. Der Plan ist auch scheinbar mit großer Eifer betrieben worden und Papst und Jare haben außerordentliche Geschicklichkeiten wegen dieser Angelegenheit angedeutet. Aber ein praktisches Ergebnis wurde nicht erzielt. Bei der Unklarheit der russischen und der päpstlichen Diplomatie erweist es sich, daß die Verhandlungen überhaupt nicht ernst gemacht war, wie man sie hätte, und es nicht unter der theologischen Decke ganz andere, und zwar politische Dinge betrieben wurden. Das Postulat der ungeschlossenen Friedfertigkeit nicht den Gedanken der Wiederherstellung seiner weltlichen Herrschaft aufzugeben und sich Verbündete für diesen Zweck. Es weiß, daß es darin um Dreifache nichts zu erwarten hat, und deshalb hat es sich nicht nach den Aufständen der französisch-russischen Allianz dieser zugewandt und ist als dritter freiwilliger Faktor dem Bundesverhältnis der Republik und dem absoluten Katholizismus getreten. Wir bezweifeln indes, daß Rußland der Kurie in dieser Hinsicht irgend ein Zugeständnis gemacht habe. Jedenfalls ist man viel zu vorsichtig an der Roma, um sich in einer so heiklen Frage zu bindenden Verbindlichkeiten zu lassen, deren Erfüllung dem Jarenvertrage mehr und schwerer zu lösen stünde, als ihm die Freundschaft der Kurie eintrauen würde.

Man verkennt aber in Petersburg keineswegs den moralischen Einfluß des Papsttums in den katholischen Ländern Europas. Und deshalb hat man auch ein gewisses Engenommen an den Tag gelegt, daß, wenn auch mehr äußerlicher Natur, doch gewiß zur Befestigung der beiderseitigen Beziehungen geeignet ist. Zunächst wurde schon vor mehreren Jahren eine ständige Gesandtschaft beim Vatikan eingerichtet, welche den Verkehr zwischen dem Papsttum und der Kurie erleichtern muß. Allerdings wurde die Gesandtschaft zunächst dazu benutzt, den Papst zum Abschluß eines Vertrages zu bringen, der die katholische Kirche Rußlands formell in voller Abhängigkeit von der Regierung brachte. Aber man hat doch auch in höherem Maße den Wünschen der Kurie Rechnung getragen. Bei der Ernennung der Bischöfe, bei der Verteilung von Erzbischöfen und überhaupt in allen den Katholizismus berührenden Angelegenheiten ist der Einfluß des Papstes härter als früher zur Geltung gekommen.

Rußland hat dabei seine staatlichen Rechte und Interessen nicht vernachlässigt. Als vor einigen Monaten der polnische Bischof Zimowski in einer Ansprache scharf die russische Politik verurteilte, wurde er keines Rutes entsetzt und ohne daß der Papst um Erlaubnis gefragt wurde, nach Twer verbannt. Jedes hat die Sache für sich eine völlig unerwartete Entwicklung gefunden. Jansenowicz ist trotz seines unangenehmen Vorworts zurückgeblieben und zum Bischof von Tambow ernannt worden. Hier sieht man deutlich den Einfluß der Kurie selbst in dem absolutistischen Rußland, daß sich in seine inneren Angelegenheiten sonst nicht gern hereinreden läßt. Die katholischen lutherischen Prediger, die niemals in so rücksichtsloser Weise die Regierung des Jaren angegriffen haben, sind bedeutend strenger bestraft worden, und keiner von ihnen hat eine ähnliche Beobachtung wie der Bischof Jansenowicz erlebt.

Diese Wiederberufung des polnischen Prälaten verdient gerade jetzt besondere Beachtung, da die Vorbereitungen für die russische Reise des Kaisers Nikolaus getroffen werden. Die Beweise, daß Rußland von der Bewegung zwischen Jare und Papst politische Vorteile erwartet. Es ist besonders der große Einfluß der römischen Kurie auf gewisse Kreise der französischen Republik, den man in Petersburg sich nutzbar machen will. Und schließlich liegen die Dinge in Frankreich so, daß niemand mit Bestimmtheit voraussetzen kann, ob die gegenwärtige Staatsform von Jare ist oder ob sie nicht am Ende von der Monarchie abgelöst wird. Man sieht in Petersburg das Rückliegende an beachten, aber man erkennt die Dinge auch in der Ferne. Alles dieses rechtfertigt die Annahme, daß der Besuch des Jaren Nikolaus beim Papste bedeutsame Erfolge empfinden werden.

Deutsches Reich.

\* Berlin, 12. Dezember. (Reichsfinanzen und Zolltarif.) Es gehört ein hartes Zeug Schönfärberei dazu, um, wie es jüngst von freisinniger Seite geäußert ist, aus den letzten Veröffentlichungen über die Ne-einnahmen des Reiches auf eine günstige Lage der Reichsfinanzen schließen zu wollen. Es ist nach diesen Daten keineswegs sicher oder auch nur wahrscheinlich, daß, wie von jener Seite angenommen wird, der Reichshaushalt-

etat des laufenden Jahres ohne Verschönerung abstellen und das Verhältnis zwischen Uebererhebungen und Materialumlagen sich gegenüber dem Etat nicht verschlechtern wird. Aber selbst wenn diese Annahme zuträfe, könnte von einer günstigen oder auch nur leidlichen Bilanz im Jahre nicht die Rede sein, denn der Reichsaufwand des laufenden Jahres kann nur unter Beibehaltung beträchtlichen Kapitalverbrauchs aus dem Reichsausgabenfonds und aus dem Reicht der China-Anleihe, sowie unter Verletzung der Bundeshaushalts mit mehr als 35 Millionen Mark ungedeckter Materialumlagen bestritten werden. Auf die Dauer lassen sich aber beide Hilfsmittel zur Deckung des Gleichgewichts zwischen Einnahme und Ausgabe im Reich nicht verwenden. Das Jahr 1903 läßt zudem, wie bekannt, ein noch ungünstigeres Verhältnis zwischen Einnahme und Ausgabe im Reich erwarten. Auch abgesehen von dem Bedarf zur Deckung des Reichsbudgets aus dem Jahre 1903 bleiben die ordentlichen Einnahmen hinter den aus denselben zu beschreitenden Ausgaben für 1903 um rund 100 Millionen Mark zurück, und es wird, da bei der keineswegs günstigen Finanzlage aller Bundesstaaten an die Ausschreibung eines so hohen Betrages ungedeckter Materialumlagen nicht gedacht werden kann, unweiliger zu dem bedenklichen Ausnahmestück einer Ergänzungsanleihe gezwungen werden müssen. Es läßt sich eben, seit die außerordentlich hohe Annahme der Einnahmen aus Zöllen und Verbrauchssteuern wieder der regelmäßigen Entwicklung Platz gemacht hat, die Tatsache nicht mehr abstreiten, daß die ordentlichen Einnahmen des Reiches zur Deckung seines betriebl. und ständl. Aufwandes nachwachsen Ausgabebedarf nicht ausreichen. Eine Verhärtung des Zolltarifs, wie sie für die Beirregung unserer Zoll- und Handelsbeziehungen zu dem Auslande in Aussicht genommen ist, verliert an sich finanzielle Zwecke selbstverständlich nicht, aber es ist eine günstige Nebenwirkung von Schatzungen, daß sie zugleich eine (unangenehm) ergebnisse Einnahmequelle liefern und so mit dem wirtschaftlichen Nutzen für das Erwerbsleben auch finanzielle Vorteile für den Reichsstaat mit sich bringen. Wenn gleichwohl die Höhe des Zolltarifs ein Teil der zu erwartenden Mehreinnahmen für sozialpolitische Zwecke vorweg schlingt, so steht doch aus den Zöllen, wie sie sich aus den auf der Grundlage des neuen autonomen Zolltarifs abzuschließenden Handelsverträgen ergeben werden, auch eine beträchtliche Mehreinnahme für die Reichskasse in Aussicht. Inwieweit dies der Fall ist, erübrigt sich natürlich die Erörterung anderer Einnahmestellen, welche naturgemäß nur auf dem Gebiete der Steuern gefunden werden kann. Wer daher der Annahme des Zolltarifs widerstrebt, sieht von selbst einen Wechsel auf neue Reichssteuern in Höhe der von dem Zolltarif für das Reich zu erwartenden Mehreinnahmen, während umgekehrt diejenigen, welche den Zolltarif zur Annahme bringen, der Bewältigung neuer Steuern in Höhe der zu erwartenden Mehreinnahmen erzipen. Auch diese Seite der Sache fällt naturgemäß jetzt, wo die endgültige Entscheidung über den Zolltarif unmittelbar bevorzieht, zu Gunsten des Auslandeinfusses beiderseits ernstlich ins Gewicht, und man wird wohl in der Annahme nicht fehlgehen, daß die einpaßig erwünschte schmerzliche Parierung der Reichsfinanzen wesentlich von dem Schicksal dieses Tarifs abhängt, die Wirkung dieses Tarifs zu Gunsten der Verabschiedung der Zolltarifvorlage abzumachen.

\* Berlin, 12. Dezember. (Der Parteitag des bayerischen Zentrums.) Die Leiter der bayerischen Zentrumspartei haben bekanntlich mitgeteilt, daß der für die Mitte dieses Monats geplante Parteitag des bayerischen Zentrums bis nach Januar verschoben worden ist. Als Grund hierfür wurde die Rücksicht auf die Reichstagsverhandlungen angegeben, bei deren Wichtigkeit die bayerischen Reichstagsabgeordneten in Berlin anwesend sein müßten; ohne letztere aber keine der Parteitag nicht stattfinden. Dieser Grund ist sicherlich mehr als ein Vorwand. Im Hinblick jedoch wird es dem bayerischen Zentrum sehr lieb sein, die zur Abhaltung des Parteitages noch einige Zeit verstreichen zu lassen. Denn seit der Auflösung des Parteitages hat die politische Lage in Bayern eine erheblich veränderte Gestalt angenommen. Geplant wurde der Parteitag in der überhöchsten Entscheidung wegen des Rücktritts des Kultusministers von Landmann; das war der Anknüpfung für die Verhandlungen des Parteitages, was das Beispiel für ihn in einer Verammlung des christlichen Bauernvereins und die Haltung der bayerischen Zentrumspresse aufs drücklichste erkennen lassen. Seitdem ist Herr von Landmanns Nachfolger Freiherr von Podewils in Aktion getreten, und die Wirkung davon war, daß er im letzten Lager mit dem württembergischen Landtag bedacht wurde. Bedient man dieses Land einseitig durch die Erhebung der Weizensteuer Schulangelegenheit, die Freiherr von Podewils, wie erinnerlich, endgültig dahin entschied, daß er das Verbot, in Weidenburg eine Simultanleule zu errichten, aufsprach. Andererseits zeigten sich die Resultate aufs höchste durch die Art befristet, wie Freiherr von Podewils den Würzburger Fall Erbach befristete, nämlich durch die gleichzeitige Befreiung des außerordentlichen Professors Dr. Erbach und seines Gelehrten, des außerordentlichen Professors Dr. Fischer, zu ordentlichen Professoren. Beide Vorlesungen haben sicherlich nicht nur in der bayerischen Zentrumspresse, sondern auch in der bayerischen Zentrumspartei Eindruck gemacht, jedoch der Parteitag des bayerischen Zentrums unter einem ganz andern Stern tagen wird, als ursprünglich beabsichtigt war. Unter solchen Umständen wird es dem bayerischen Zentrum doppelt erwünscht sein, für die Erhebung der Parteitagstribüne die Reichstagsarbeiten und damit die Reichstagsarbeiten in ungleich höherem Grade betriebl. als von Anfang an in Aussicht genommen war. Sollte aber wider Erwarten der Rücktritt des Herrn von Landmann auch dem vertriehen bayerischen Parteitag seine Signatur verleihen, dann würde Freiherr von Podewils gleich dem Beginn jener ministeriellen